

August 2020

# Länderbericht

Auslandsbüro Mexiko

# CORONA

## blog

Análisis semanal

# MÉXICO

## Monatsrückblick August 2020

*Ann-Kathrin Beck, Hans-Hartwig Blomeier*

Der „Corona Blog“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko erscheint in spanischer Fassung in wöchentlicher Auflage. Die Originalbeiträge werden von Natalia Arriaga, Patricio Garza, Jatziry Herrera, Ilse Reyes, Luis Téllez und Eduardo Walsh verfasst, und analysieren die Ereignisse im Kontext der COVID-19-Pandemie in Mexiko. Sie finden den wöchentlichen Blog mit allen Quellenangaben (<https://www.kas.de/es/web/mexiko/corona-blog-méxico>). Im Folgenden lesen Sie die monatliche Zusammenfassung in deutscher Sprache.

### Überblick

	Bestätigte Fälle	Verdachtsfälle	Todesfälle
1. August 2020	434.193	87.771	47.472
31. August 2020	599.560	77.730	64.414

Am 1. August 2020 steckten sich offiziellen Angaben zufolge mehr als 9.556 Menschen in Mexiko mit dem neuartigen Coronavirus an. Dies markiert den **vorläufigen Höhepunkt der Infektionen** im Land. **Bei den täglichen Todeszahlen ist hingegen ein leichter Rückgang** festzustellen, allerdings ist Mexiko mit 64.414 Toten weiterhin auf Platz vier im internationalen Ranking der Länder mit den meisten durch COVID-19 verursachten Todesfällen. Dies deutet darauf hin, dass die tatsächlichen Fallzahlen um ein Vielfaches höher liegen, als offiziell bestätigt. Diese Diskrepanz liegt an der weiterhin äußerst geringen Testrate<sup>1</sup> im Land.

<sup>1</sup> Mexiko führt bisher lediglich 9 Tests auf 1 Mio. Einwohner durch, zum Vergleich: Chile 108, Peru 85, Brasilien 64, Kolumbien 44, Uruguay 42, Argentinien 21.

Mit diesen aktuellen Zahlen wurde das **Worst-Case-Szenario der mexikanischen Regierung übertroffen**, welches der zuständige Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Hugo López-Gatell, mit 60.000 Todesfällen im Juni vorausgesagt hatte. Doch die mexikanische Regierung redet die Pandemie und ihre Auswirkungen im Land weiter klein.

Im Vorfeld des **Superwahljahres 2021** wurde das politische Klima in den vergangenen Wochen deutlich rauer. Präsident AMLO moniert, dass die Pandemie seine Regierung ausbremse und dass er von der Opposition und den Medien zu Unrecht angegriffen werde. Für Furore sorgte auch ein Bekenntnisschreiben, des von Spanien nach Mexiko ausgelieferten ehemaligen Chefs von PEMEX, Emilio Lozoya, das Mitte August an die Öffentlichkeit durchsickerte und im Zusammenhang mit dem **Odebrecht-Korruptionsskandal in Mexiko** zahlreiche hohe Funktionsträger der Vorgängerregierungen und AMLO-Gegner explizit beschuldigt, Bestechungsgelder angenommen zu haben. In diesem Zusammenhang wird auch die ohnehin schon heftige Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition weiter angefacht: Dazu trägt zum einen bei, dass Lozoya dank seiner bereitwilligen Aussagen bisher nur unter Hausarrest steht und diese Enthüllungen noch vor den formalen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft an die Öffentlichkeit gelangten und zum anderen, dass in deren Schatten Korruptionsvorwürfe im unmittelbaren Umfeld des Präsidenten in den Hintergrund rückten.

## Kommunikation

Präsident AMLO hält weiter an seinen täglichen Morgenkonferenzen („mañaneras“) fest, mit denen er die öffentliche Agenda bestimmt. Um von der eigenen **desaströsen Lage in Mexiko abzulenken**, verwies er dabei u.a. auf Spanien, welches pro Kopf mehr Fallzahlen und einen stärkeren ökonomischen Rückgang zu verzeichnen habe. Im Gegensatz zu Experten, Medien und der internationalen Gemeinschaft behauptet er dabei noch immer, dass Mexiko am Ende weltweit als positives Beispiel dastehen würde.

Der Präsident wird nicht müde, die Professionalität seiner Regierung zu betonen. Er ging sogar so weit im Rahmen seiner jüngsten Regierungserklärung zu behaupten, dass „in der aktuell schlimmsten Situation, Mexiko die beste Regierung“ habe; und behauptete, er läge im weltweiten Popularitätsranking der Staatshäupter auf Platz 2. Damit **attackierte er auch zum wiederholten Mal die Medien**, die seiner Meinung nach nur der Regierung schaden wollen und die Ereignisse in Mexiko als „katastrophal“ darstellen würden, auch wenn die Fallzahlen bereits sinken.

AMLO betonte erneut, dass die Regierung weder Banken, noch Großunternehmen retten werde und sich stattdessen auf die Unterstützung des Volkes konzentriere. Allerdings ist **von den angekündigten direkten Rettungsmaßnahmen noch immer wenig zu sehen**. Nur ein Bruchteil der Kleinkredite wurde ausgezahlt, lediglich 7,8% der Unternehmen haben bisher staatliche Hilfen bekommen. Der Zustand des mexikanischen Gesundheitssektors ist zwar gemessen an der Zahl der verfügbaren Betten gut (wenn man den offiziellen Zahlen glauben darf), doch die nach wie vor hohe Sterberate (10,8% der COVID Fälle) weist daraufhin, dass die Mexikaner nicht die Gesundheitsleistungen bekommen, die sie dringend benötigen.

## Bundespolitik

Wie geplant hat am 24. August 2020 **der Schulbetrieb wieder begonnen, doch der Unterricht findet ausschließlich über das Internet und das Fernsehen statt**. Allerdings haben 55% der mexikanischen Haushalte weder Zugang zum Internet noch zu Fernsehgeräten. Der Zugang zur Schulbildung kann also auf absehbare Zeit nicht für alle Mexikaner gewährleistet werden. Eine Rückkehr zum Präsenzunterricht ist erst für die grüne Ampelphase geplant. Die exakten Auswirkungen dieser Bildungslücke bleiben abzuwarten.

In jedem Fall ist aber eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit zu erwarten.

Im August stand die **Durchführbarkeit der diesjährigen Lokalwahlen in Coahuila und Hidalgo** zur Debatte. MORENA und PAN versuchten diese aufgrund der anhaltenden Krise anzufechten, die Bundesjustizbehörde pflichtete aber schließlich dem nationalen Wahlinstitut INE bei. Die Wahlen werden nun am 18. Oktober 2020 stattfinden und sind ein Probelauf für digitale Wahlprozesse und das Superwahljahr 2021. Der Wahlkampf für das Jahr 2021 darf erst am 23. Dezember 2020 beginnen, doch bereits jetzt wurden insgesamt mehr als **281 Million Euro an Wahlkampfunterstützung vom nationalen Wahlinstitut INE freigegeben**, die zwischen allen Parteien aufgeteilt werden. Diese kündigten bereits an, die Zeit für Fernsehspots, die Ihnen eigentlich zustehen, dem Bildungsministerium für den Fernunterricht zur Verfügung zu stellen.

Das mexikanische Parlament einigte sich – nach heftigen internen Auseinandersetzungen und Verschiebung von Mehrheitsverhältnissen bei der turnusgemäßen Ablösung – mit Dulce María Sauri Riancho von der oppositionellen PRI als neue Parlamentspräsidentin. **Ab September tagt dann das Parlament wieder im Präsenzmodus**; ein Gesetzesentwurf, der auch virtuelle Sitzungen erlaubt, liegt vor, wurde aber noch nicht bestätigt.

Ein entscheidender Meilenstein bei der Aufklärung des mexikanischen Ausläufers des Odebrecht-Korruptionsskandals, war die Auslieferung von Emilio Lozoya, Ex-Chef des staatlichen Ölkonzerns PEMEX von Spanien nach Mexiko. Er wurde allerdings nicht in Untersuchungshaft, sondern zuerst ins Krankenhaus gebracht und dann unter Hausarrest gestellt. Diese Sonderbehandlung beruhte ganz offensichtlich auf seiner Bereitschaft „auszupacken“. Bisher gab es nur zwei offizielle Anhörungen; der weitere Prozess ist noch nicht im Gange. Am 19. August 2020 **kursierte jedoch ein Bekenntnisschreiben von Lozoya mit Details zum Korruptionsskandal in den Medien und sozialen Netzwerken**, das offenbar an die Bundesstaatsanwaltschaft gerichtet war, aber auch ausführlich vom Präsidenten bei einer seiner Pressekonferenzen kommentiert wurde. Lozoya gesteht darin seine Handlungen, beschuldigt aber auch zahlreiche bekannte Politiker aus PRI, PAN und MORENA, Schmiergelder angenommen zu haben, darunter die Ex-Präsidenten Felipe Calderón und Enrique Peña Nieto.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass in den Skandal tatsächlich Politiker auf allen Ebenen verwickelt waren. AMLO inszeniert sich in diesem Zusammenhang aber als großer Aufklärer, auch wenn nun in seinem unmittelbaren familiären Umfeld ebenfalls Korruptionsvorwürfe laut wurden.

## Bundesstaaten und Kommunen

**Zwischen der Exekutive in den Bundesstaaten und Kommunen und der Bundesregierung eskalieren derweil die Konflikte.** Die Gouverneure der Alianza Federalista (Tamaulipas, Nuevo León, Jalisco, Michoacán, Coahuila, Aguascalientes, Colima, Durango und Guanajuato), **forderten den Rücktritt von Hugo López-Gatell**. Auch die Bürgermeister der Asociación Nacional de Alcaldes (ANAC) und die Kommunen der Confederación Nacional de Municipios de México (CONAMM) schlossen sich dieser Forderung an.

Um gegenzusteuern, beriefen Hugo López-Gatell und die Innenministerin Olga Sánchez ein Treffen mit den Gouverneuren ein, in dem einige Aspekte des Ampelsystems zur Wiederöffnung aktualisiert wurden und ein verbesserter Kommunikationsfluss zwischen Gesundheitsministerium und Bundesstaaten vereinbart wurde. Am 19. August 2020 gab es außerdem ein **Treffen der Bundesregierung mit allen Gouverneuren** (mit Ausnahme von Chiapas). Dies war das erste Treffen dieser Art seit acht Monaten und daher symbolträchtig. Doch mehrere Gouverneure kritisierten im Anschluss, der Präsident wäre nicht an einem Dialog interessiert gewesen. Einige von ihnen erwägen, aus der Nationalen

Gouverneursvereinigung (CONAGO) auszusteigen und einen alternativen Verband zu gründen.

Einer der größten Konfliktpunkte ist die **Aktualisierung des Fiskalpakts zwischen Bund und Bundesstaaten**. Derzeit gehen nur 20% der föderal erhobenen Steuern an die Bundesstaaten, diese fordern nun konkret mindestens 30% um eigenständiger Handeln zu können.

2.065 von 2.465 „Kommunen der Hoffnung“, die als erste wieder öffneten, da sie im März und April Corona-frei waren, **verzeichnen nun aber aktive Coronafälle**. Im August sind die urbanen Zentren (z.B. Puebla, San Luis Potosi, Mérida, Monterrey und Iztapalapa, Mexiko-Stadt) weiterhin am stärksten betroffen. Die **flächendeckende Ausbreitung des Virus** hielt AMLO jedoch nicht davon ab, weiter durch das Land zu reisen. Dieses Mal war er im Norden in Coahuila, Durango, Nuevo León und Tamaulipas unterwegs, meist auch ohne Mund- und Nasenschutz.

## Rechtsstaat und Menschenrechte

Nach vier Monaten ohne Präsenz-Aktivitäten, **nahmen der Oberste Gerichtshof und die Bundesjustizbehörde von Mexiko am 4. August 2020 ihre Arbeit wieder auf**, allerdings noch immer im eingeschränkten Maße und weiterhin unterstützt von digitalen Verfahren, deren Anwendung bis Ende September verlängert wurde. Regionale und lokale Gerichte sollen sukzessive folgen, denn der Rückstau ist enorm (allein 64.692 verzögerte Verfahren in Mexiko-Stadt).

Während der Pandemie **steigt die Gewalt im Land auf allen Ebenen**. Zwischen Januar und Juni wurden von Think Tanks über 2.000 Fälle von Folter, Massaker und Leichenverstümmelung dokumentiert. Im gleichen Zeitraum wurden 2.240 Morde an Frauen verübt; das sind 3,1% mehr als im gleichen Zeitraum im Vorjahr. Schätzungen zufolge geschieht eins von fünf Delikten im Familienkreis. Zudem verschwanden laut Amnesty International in den ersten vier Monaten der Pandemie 1.342 Personen.

Verschärft wird die Lage dadurch, dass die **Staatsanwaltschaften und Justizorgane aufgrund der Krise unterbesetzt** sind und der rechtliche Schutz von Gewaltopfern nur eingeschränkt gewährleistet ist. Auch die aktiven Polizeikräfte im Land wurden vorerst um 50% reduziert. Beides trägt dazu bei, dass die **Straflosigkeit im Land** ein noch besorgniserregenderes Ausmaß annimmt als in den vergangenen Jahrzehnten ohnehin schon. Im Ranking der Universidad de las Américas landet Mexiko auf Platz 10 (von 69) und somit in der Spitzengruppe der Staaten mit der höchsten Straflosigkeit.

Die **Situation in den mexikanischen Gefängnissen bleibt angespannt**; bis zum August gab es 1950 Infizierte und 178 Tote. Das im April verabschiedete **Amnestiegesetz** hat bisher aber noch nicht zu Freilassungen geführt. Mitte August wurden die Regeln für Freilassungsgesuche veröffentlicht, im Oktober soll das Gesetz nochmals geprüft werden.

## Wirtschaft

Die Arbeitsmarktsituation in Mexiko ist weiter extrem kritisch. Im zweiten Trimester 2020 verloren sieben Millionen Personen ihre Jobs. Zwar gaben inzwischen 4,8 Millionen Mexikaner an, wieder zu arbeiten, allerdings unter extrem schlechten Bedingungen (im informellen Sektor, Teilzeitarbeit oder zu sehr geringen Löhnen). Somit **sank die Arbeitslosigkeit zwar leicht von 32,8% auf 24,9%**, Experten gehen jedoch davon aus, dass insgesamt 9 Millionen Mexikaner mehr in die Armut abrutschen werden (auf dann insgesamt 70 Millionen von 126 Millionen Einwohnern), die sozialen Ungleichheiten steigen also weiter.

Die **öffentliche Verschuldung liegt inzwischen bei 52,1% des BIP**, bis Ende des Jahres könnte die Ziffer bei 55,4% liegen. Experten warnen davor, dass dies das Wirtschaftswachstum bremsen könnte und den Investitionsstatus des Landes negativ beeinträchtigt. Der Mangel an Konjunkturpaketen der Regierung werde außerdem dazu führen, dass die Reaktivierung der Wirtschaft in Mexiko sich noch über mindestens fünf Jahre hinziehen wird.

Inzwischen ist auch der **mexikanische Bankensektor geschwächt**. Die Bank FAMSA ging bereits bankrott, es stehen über 950 Millionen US-Dollar aus, die nicht an die Anleger zurückbezahlt werden können. Viele andere Banken müssen sich darauf einstellen, dass die Mexikaner ihre Kredite nicht werden bedienen können.

Einen Zuwachs verzeichneten die **Rücküberweisungen von Mexikanern aus dem Ausland**. Im Juni wurde ein Rekordhoch 19.074 Millionen US-Dollar verzeichnet, was ein Anstieg von 10,5% im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Inzwischen machen Rücküberweisungen 2,7% des mexikanischen BIP aus. Doch die großen Investitionen aus dem In- und Ausland bleiben weiterhin aus. Es mangelt den Anlegern an Zuversicht in den mexikanischen Markt. Außerdem hat die mexikanische Zentralbank BANXICO den **Leitzins auf 4,5% gesenkt** (im Vergleich zu 8,25% im August 2019), um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise abzufedern.

## Internationale Beziehungen

Mexiko hat noch immer die Präsidentschaft der **Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten** (CELAC) inne und saß mehreren Veranstaltungen vor, insbesondere zu den Themen Innovation, Patente und Technologie, sowie zur Rolle von internationalen Organisationen.

Auch mit Blick auf den pazifischen Raum, animiert die Coronakrise zur gegenseitigen Abstimmung. Anfang August trafen sich Vertreter der 11 Staaten der **Transpazifischen Partnerschaft** (TPP), um über die ökonomische Reaktivierung und Zusammenarbeit ihrer Länder zu sprechen.

Mexiko positionierte sich im August aktiv zur **Unterstützung mehrerer Vorhaben zur Entwicklung und Testung eines Impfstoffs** gegen den Coronavirus. Es wurden Abkommen mit chinesischen und US-amerikanischen Pharmaunternehmen geschlossen, die den Firmen Tests in Mexiko erlauben. Die Regierung stieg auch finanziell in die vielversprechende Kollaboration zwischen der Universität Oxford und dem Labor AstraZeneca ein. Am 19. August 2020 traf Außenminister Marcelo Ebrard auch den russischen Botschafter, um über eine mexikanische Beteiligung an den klinischen Tests der russischen Impfung Sputnik V zu sprechen. Forschungsprojekte werden über die mexikanische Entwicklungsgesellschaft AMEXCID, ausländische Geldgeber und private Stiftungen finanziert. Präsident AMLO möchte garantieren, dass eine Impfung in Mexiko gratis und für alle zugänglich ist.

Im Rahmen des Projekts **Schnell Einsetzbare Expertengruppe Gesundheit (SEEG): Im Einsatz gegen Epidemien der GIZ** besuchte eine Expertenmission mit Virologen der Charité Berlin Mexiko. Eine Woche lang sprachen sie zum Thema Krisenmanagement, Teststrategien und Laborkapazitäten mit unterschiedlichen Institutionen und Experten im mexikanischen Gesundheitssektor. Der Empfang von Hugo López-Gatell fiel jedoch kühl aus, da er weiterhin darauf pocht, dass es nicht notwendig sei, mehr zu testen. Die zur Verfügung gestellten 100.000 Schnelltest bleiben so ohne Abnehmer.

Der eingeschränkte Grenzverkehr zwischen USA, Kanada und Mexiko wird bis zum 21. September verlängert. Die **Situation von Migranten** bleibt äußerst schwierig. Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) gaben 60% der Migrationswilligen in Zentralamerika an, ihre Pläne aufgrund der Pandemie zu verschieben. 51% derer, die schon

in Zentralamerika und Mexiko in Transit sind, verloren ihre Arbeit, wodurch nur 20% dieser Gruppe aktuell noch arbeiten.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hans-Hartwig Blomeier  
Leiter Auslandsbüro Mexiko  
Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
[www.kas.de/mexiko](http://www.kas.de/mexiko)   @kasmexiko

[hans.blomeier@kas.de](mailto:hans.blomeier@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)